53. Jahrgang. № 173. Donnerstag, 24. Juni 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Zeitseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Garmondzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Dreiring-Cacao. Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

RAUM KUNST — Raumkunst DRESDEN, Viktoriastrasse 5/7. Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen. = = = = Orientalische und deutsche Teppiche.

TELEPHON 1771 CLICHÉS JEDER ART WERNER & ZILLER DRESDEN-A. Reisigstr. 52 für Cataloge Inserate Photo-Lithographie Zeichnungen

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! — Dresden Guthmann's Cosmos-Seife ist die beste für den Teint Stück 25 Pfg. — Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Gegen Korpulenz gebrauche man die fettzehrenden verbesserten Marienbader Entfettungspastillen. Keine besondere Diät, keine schädliche Nebenwirkung, angenehm einzunehmen, bester Ersatz für teure Brunnenkuren. Schachtel 2 Mark. Alleinverkauf und Versand Salomonis-Apotheke Dresden-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Der Kaiser ist gestern nachmittag an Bord der Kaiserjacht „Hohenzollern" in Kiel eingetroffen.

Der Reichstag nahm gestern die Reichswertzuwachssteuer auf Grundstücke an; heute steht die Erbschaftssteuer zur Beratung.

In den Wandelhallen des Reichstags hieß es gestern, daß die Sozialdemokraten heute im Plenum für die Erbanfallsteuer stimmen würden.

In Altwasser sind bis jetzt 360 Typhus-Erkrankungen konstatiert worden.

In Bayern haben Abend- und Nachtgewitter einen solchen Wettersturz verursacht, daß Schnee gefallen ist.

In den Kohlengruben der Lackawanna-Gesellschaft sind, einer Meldung aus Pittsburg zufolge, durch eine Explosion etwa 150 Bergarbeiter von der Außenwelt abgeschnitten worden.

In Konstantinopel ist an die Presse das Verbot ergangen, über Truppenbewegungen zu berichten.

Frankreich und Spanien in Marokko.

In den diplomatischen Verhandlungen über die marokkanische Frage haben Frankreich und Spanien eine nach einheitlichen Grundsätzen geleitete Politik beobachtet. Daß auch die militärischen Unternehmungen beider Staaten stets auf Grund eines vorher zwischen der Pariser und der Madrider Regierung erzielten Einvernehmens erfolgt sind, mußte von vornherein als wahrscheinlich gelten; zur Gewißheit wird diese Annahme angesichts einer Aeußerung des ehemaligen spanischen Ministers des Aeußern Villanuevo über die Bedeutung des Geheimvertrages, den Frankreich und Spanien im Oktober 1904 geschlossen haben. Danach hätte sich Spanien mit den allgemeinen Tendenzen der französischen Marokko-Politik völlig solidarisch erklärt und sich auch im einzelnen im weitgehenden Maße jedes Einspruchs gegen die Anordnungen der französischen Oberleitung begeben. Sicher ist, daß noch in Algeciras die französisch-spanische Interessen- und Aktionsgemeinschaft ohne jede Einschränkung zum Ausdruck kam. Aber bei diesem Einvernehmen ist es in der Folgezeit nicht geblieben. Während in Frankreich auch noch der Entspannung der Lage, die durch die gewaltsame Ausschiffung Delcassés eingetreten war, die Marokko-Angelegenheit immer entschiedener und immer mehr unter Zustimmung der Bevölkerung zu einer Frage der nationalen Ehre gestempelt wurde, traten in Spanien, und zwar in der monarchisch und national gesinnten spanischen Presse, Bedenken und Proteste gegen eine Politik der Abenteuer und Eroberungen hervor.

Die spanische Regierung befindet sich unter diesen Umständen in einer schwierigen Lage. Sie kann sich unmöglich gegen die Berechtigung der Warnungen vor weiteren gefährlichen Schritten in der Marokko-Politik verschließen. Anders aber stellt sich die Frage, wenn Spanien die Zukunft seiner ganzen afrikanischen Position ins Auge faßt. Spanien hat im letzten Menschenalter mitansehen müssen, daß Frankreich für den im Jahre 1871 erlittenen Territorialverlust sich in Nordafrika schadlos gehalten und auch politisch und militärisch sein stark erschüttertes Prestige wieder zu Ansehen gebracht hat. Diese bekanntlich von Fürst Bismarck mit Wohlgefallen begrüßte Ableitung der französischen Revanchegelüste hat allerdings für Deutschland den Frieden sichern helfen, aber infolge dieser energisch betriebenen Betätigung einer nationalen Kolonialpolitik ist die staatliche Autorität Frankreichs in Nordafrika und seine sonstige wirtschaftliche Machtstellung dort sehr erheblich gestärkt worden. Niemand empfindet das deutlicher und naturgemäß auch unangenehmer als Spanien, besonders in Marokko. An der in den letzten Jahren eingetretenen starken Steigerung des marokkanischen Außenhandels ist in weitaus erster Linie Frankreich beteiligt, und dieser Erfolg der französischen Warenausfuhr ist vor allem auf Kosten spanischer Exportkreise erfolgt. Frankreich hat sich mit großen Kapitalien in Marokko engagiert, hat auch kulturelle Aufgaben in Angriff genommen. Spanien ist hinter diesen Leistungen weit zurückgeblieben, hat zurückbleiben müssen, weil es dafür finanziell nicht leistungsfähig genug ist. Die spanische Nation muß sich mit jedem Tage mehr überzeugen, daß Frankreich sich immer weniger an die Bestimmungen der Algeciras-Akte bindet und bei der Ausbreitung seiner wirtschaftlichen Interessen, einer Maßnahme, die augenscheinlich eine neue „friedliche Durchdringung" im Sinne der in Algerien und Tunesien betriebenen Annexionspolitik vorbereiten soll, mit jener Rücksichtslosigkeit verfährt, die das Bewußtsein der Stärke und der überlegenen Macht verleiht. Für Spanien, sofern es nicht freiwillig preisgeben will, was es selbst in früheren Jahrhunderten in kolonisatorischer Arbeit in Nordafrika geleistet, muß daher die Stunde kommen, ist vielleicht schon gekommen, in der es sich zu entscheiden haben wird, ob es die zunehmende Erstarkung der französischen Vormachtstellung in Marokko ruhig mit ansehen oder aber gegen die Möglichkeit einer völligen Vernichtung der eigenen Interessen und Zukunftshoffnungen Front machen will, solange es noch Zeit ist. Auf der anderen Seite ist Frankreich augenscheinlich nicht geneigt, sich irgendwelche Zurückhaltung aufzuerlegen, wenn sich irgendeine Gelegenheit bietet, seine Einflußsphäre und seinen tatsächlichen Machtbereich zu erweitern.

Gewisse Vorgänge im Rif-Gebiet scheinen den Absichten der spanischen und den Hoffnungen der französischen Regierung entgegenzukommen. Spanische Unternehmer haben in der Nähe der Festung Melilla, just zu derselben Zeit, wo die Besatzung dieses Platzes bedeutend verstärkt wurde, Grundbesitz, Bergwerksgerechtsame und Konzessionen für den Bau und Betrieb von Eisenbahnen an sich gebracht. Es waren dies Eigentum und Rechte, auf die der bekannte, noch immer nicht völlig niedergeworfene Prätendent Buhamara Anspruch erhob. Er soll jetzt diese Besitz- und Rechtstitel an Spanien „überlassen" haben. Ein eigentümliches Licht fällt auf den Vorgang durch den Umstand, daß Buhamara unmittelbar darauf eine Rührigkeit entfaltet hat, wie man sie dem aller Mittel entblößten Thronbewerber kaum noch zugetraut hätte. Er soll bereits bis in die Nähe von Fez vorgerückt sein und der Mahalla des Sultans Muley Hafid eine empfindliche Schlappe beigebracht haben. Das läßt darauf schließen, daß Muley Hafid, dem die Unabhängigkeit Marokkos und seine souveräne Gewalt als unverletzliche, durch die Algeciras-Akte garantierte Eigenschaften zur Seite stehen, nicht gewillt ist, sich widerspruchs- und wehrlos Besitz und Recht nehmen zu lassen, auf die er als rechtmäßiger Landesherr Anspruch hat. Auf der anderen Seite ist nach einer Erklärung des Generals Marina, des Oberbefehlshabers in Melilla, Spanien fest entschlossen, den einmal erworbenen Besitz im Rif-Gebiet zu behalten und die Ausbeutung der Minen von Dezub gegebenenfalls mit Gewalt zu sichern.

Merkwürdigerweise hat zu derselben Zeit auch Frankreich eine Handhabe ausfindig gemacht, um mit dem Sultan, falls es opportun erscheint, eine ernste Auseinandersetzung herbeizuführen. Im Tafilet-Gebiete, im Süden des Landes, soll, so melden französische Nachrichten und Agenturen, ein franzosenfreundlicher Stamm durch marokkanische Räuber „geschädigt" worden sein. Gleichzeitig haben die in derselben Gegend ansässigen Kaids, die die Herrschaft Muley Hafids noch nicht anerkannt haben, aufs neue Neigung gezeigt, sich mit den Truppen des Prätendenten zu gemeinsamem Vorgehen gegen den Sultan und die Hauptstadt zu verbinden. Dieser befindet sich allem Anschein nach in einer höchst fatalen und nicht ungefährlichen Lage. Denn er ist durch eine Gesandtschaft der verbündeten Rif-Stämme, die das Vorgehen der Spanier geniert zu haben scheint, um Unterstützung der gegen Melilla geplanten Operationen ersucht worden. Wenn es wahr ist, was Londoner Blätter gemeldet haben, daß die aufrührerischen Stämme die Umgegend der Hauptstadt beherrschen, daß Mulen Hafid sich seines ältesten Bruders, Muley Mohammed, den er der Konspiration mit den Aufrührern beschuldigt, gewaltsam entledigt hat und daß im ganzen seine Lage derjenigen seines unterlegenen Bruders Abdul Asis in dessen unglücklichster Zeit gleiche, dürfte er weder in der Lage sein, dem Ersuchen um Beistand zu entsprechen, noch schnell der inneren Wirren Herr werden können. Zudem hat sich Mulen Hafid den Unwillen einflußreicher spanischer Kreise zugezogen, als er den spanischen Geschäftsträger Merry del Val, einen Bruder des bekannten päpstlichen Kardinal-Staatssekretärs, abwies, der mit gewissen, mit den Bestimmungen der Algeciras-Akte nicht vereinbaren Forderungen an ihn herangetreten war. Endlich soll das Auftreten des französischen Gesandten Regnault am Hofe zu Fez die Beziehungen Mulen Hafids zu dem Pariser Auswärtigen Amte, die zur Zeit des Empfanges der marokkanischen Sondergesandtschaft durch Fallières und Pichon angeblich die denkbar besten waren, merklich abgekühlt haben. Weiter ist eine marokkanische Sonderkommission unterwegs, diesmal auf dem Wege zum spanischen Auswärtigen Amt. Diesem sind soeben gegen 3 Millionen Mark für die Reorganisation der Streitkräfte in Melilla und „für etwa sich ereignende Zwischenfälle" seitens der Cortes bewilligt worden. In der Begründung ist gesagt, daß in Melilla militärische Vorkehrungen getroffen werden müßten, weil es dem Sultan im Rif-Gebiet an der erforderlichen Autorität mangele.

Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, vermag niemand vorauszusehen. Jedenfalls haben die Verhältnisse neuerdings einen kritischen Charakter angenommen. Mit dem relativen Ruhezustand, der nach der entscheidenden Niederlage Abdul Asis' und nach der Anerkennung Muley Hafids durch die Mächte eingetreten war, scheint es wieder einmal vorbei zu sein. Deutschland, das sich mit Frankreich in dem Casablanca-Abkommen auseinandergesetzt und die Vorzugsrechte dieses dem scherifischen Reich benachbarten und deshalb näher interessierten Landes neidlos und aufrichtig anerkannt hat, hätte an sich keinen Anlaß, sich darüber zu beunruhigen, wenn Frankreich und Spanien zu einer Auseinandersetzung über ihre Stellung in Marokko schreiten würden. Wohl aber hat Deutschland alle Ursache, in Uebereinstimmung mit den Signatarmächten der Algeciras-Akte sehr energisch darüber zu wachen, daß die Unabhängigkeit Marokkos, die Souveränität des Sultans und die Politik der offenen Tür gewahrt bleiben.

Zur Reichsfinanzreform.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die zweite Beratung der Finanzreform und Steuergesetze wird bei Artikel 8 der Kommissionsbeschlüsse, Umsatz- und Wertzuwachssteuer vom Grundbesitz, fortgesetzt. Die Paragraphen betreffen den Umsatzstempel und setzen ihn auf ½ Prozent fest. Da sich aber unter den neuen Ersatzvorschlägen der Regierung eine Umsatzsteuervorlage befindet und diese heute von der Finanzkommission unter Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Satzes von ⅓ auf ½ Prozent angenommen worden ist, beantragt Graf Westarp, im vorliegenden Artikel 8 den Umsatzstempel auszuschalten. Im Einklange mit diesem Antrage erstreckt sich also die Beratung nur auf die Wertzuwachssteuer auf Immobilien. Abg. Graf Westarp (kons.) empfiehlt als Referent die Reichswertzuwachssteuer für Grundstücke. Die Kommission meint, daß gerade im gegenwärtigen Augenblicke das Reich sich dieser Steuerquelle bemächtigen müsse, weil das sonst, infolge weiteren Umsichgreifens dieser Steuer in den Gemeinden, für das Reich immer schwieriger werde. — Staatssekretär Sydow: Die Schwierigkeiten liegen in der Unmöglichkeit, einheitliche Bestimmungen über den Wertzuwachs in den verschiedenen Gemeinden zu treffen. Prinzipiell meinen die Regierungen allerdings, daß auch das Reich einen Anspruch an dem Wertzuwachs der Grundstücke hat, neben den Gemeinden. Aber es fehlt ganz an Erfahrungen auf dem flachen Lande; für dieses liegt noch gar kein Material vor. Der vorliegende Entwurf der Kommission, der sich an die Steuer in Köln anschließt, läßt noch sehr viele Fragen offen; so namentlich hinsichtlich der Frist für die eingetretene Wertsteigerung. Diese kann an der einen Stelle zu kurz bemessen sein, sie kann aber auch zu lang sein. Weiter ist es noch zu schwer, die Idee des „unverdienten" Wertzuwachses praktisch herauszuarbeiten. Wie weit sind Reparaturen zu berücksichtigen? Und ist der Intelligenz dabei nicht Rechnung zu tragen, und inwieweit? Verbesserungen, die durch die Intelligenz des Eigentümers eingetreten, also nicht unverdient sind, sind hier leichter, dort schwerer nachzuweisen. Ungelöst scheint mir auch die Frage, wie der Wertzuwachs zu berechnen ist, wenn zwischen dem ersten und dem zweiten Verkauf ein Erbanfall in der Mitte liegt. Ganz besonders aber habe ich Bedenken gegen die Art, wie der Entwurf die Frage der Beteiligung der Gemeinden einer- und des Reiches anderseits regelt. Die Gemeindezuschläge sind keine ausreichende Lösung. Denn die Gemeide muß doch, wenn sie besondere Aufwendungen für allerlei Veranstaltungen macht, in der Lage sein, diese Steuer noch besonders heranzuziehen. Anderseits kann der Gemeinde auch nicht volle Freiheit gelassen werden, es müssen gewisse einheitliche Vorschriften getroffen werden, so über die Veranlagung des Wertzuwachses und über den Rechtsweg. Auch bin ich der Meinung, daß die Gemeindefinanzen auch eine gewisse Rücksichtnahme seitens des Reiches erheischen, zumal das Reich ihnen die Weitererhebung des Oktrois unmöglich gemacht hat, was besonders für die süddeutschen Gemeinden schwer in die Wagschale fällt. Ueber die Schätzung des Ertrages kann man ja verschiedener Ansicht sein, aber die Kommission scheint da doch zu weit, zu optimistisch vorgegangen zu sein. Durch ein übereiltes Vorgehen mit dieser Steuer entsteht die Gefahr, daß man die gesunde Entwicklung der Gemeinden mehr hemmt als fördert. — Abg. Dr. Hieber (natl.) gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie, obwohl sie den Wertzuwachs an Boden in Stadt und Land als geeignete Steuerquelle betrachten, die Kommissions-

Trinkt Pfunds Milch!

Kein Laden.